

der Parteileitungen wider, bei deren Neuwahl im Herbst 1949 nur noch knapp 27 Prozent der ehemaligen Funktionäre wiedergewählt wurden (S. 221). Während die höheren Leitungsebenen fest in der Hand ehemaliger Kommunisten blieben (S. 223), erlebte die Partei nach 1946 einen radikalen personellen Austausch, der, wie *Malycha* zu recht schreibt, „Auswirkungen auf das weltanschaulich-politische Profil der Gesamtpartei haben“ mußte (S. 83).

Nur fragt sich der Leser an dieser Stelle, wie diese „Auswirkungen“ ausgesehen haben mögen, und mehr noch, wer die neuen Mitglieder und Funktionäre waren. Sieht man einmal von dem Zitat aus einer Erklärung des Parteivorstands vom Januar 1950 ab, daß ein Großteil der neuen Leitungsmitglieder „Arbeiter aus der Produktion und Aktivist*innen“ (S. 223) waren, bleibt *Malycha* eine Antwort auf diese Frage schuldig. Wie schwierig es ist, den personellen Strukturwandel der SED schlüssig zu analysieren, hat Kowalczyks jüngster Versuch gezeigt,¹ der auf der Grundlage gewagter Zahlenakrobatik zu dem Schluß kam, daß der Rückgang des sozialdemokratischen Mitgliederanteils mit einer Zunahme ehemaliger „NSDAP-Mitglieder usw.“⁴⁵ korrespondierte. Daß *Malycha* gar nicht erst den Versuch unternommen hat, in dieser Frage weiterzukommen und die neuen Mitglieder, die seit den späten vierziger Jahren das Gros der „Partei neuen Typus“ stellten und ihr äußeres Erscheinungsbild bestimmten, weitgehend vernachlässigt, trübt den Eindruck seines neuen Buches, das ansonsten wichtige Ergebnisse zu den strategischen Zielen der Kommunisten und zu ihrer Auseinandersetzung mit den ehemaligen Sozialdemokraten in der SED vorstellt.

Thomas Schaarschmidt

1 A. Malycha, *Auf dem Weg zur SED. Sozialdemokratie und Einheitspartei in den Ländern der Sowjetischen Besatzungszone 1945/46. Eine Quellenedition*, Bonn 1995.

- 2 M. Lemke, Die Sowjetisierung der SBZ/DDR im ost-westlichen Spannungsfeld, in: APuZg B 6/97, S. 41-53.
- 3 W. Leonhard, Was geschah am 13. Juni 1947? Der ungeklärte Tod des sächsischen Ministerpräsidenten Rudolf Friedrichs, in: Deutschland Archiv 30 (1997), S. 782.
- 4 I.-S. Kowalczyk, „Wir werden siegen, weil uns der große Stalin führt!“ Die SED zwischen Zwangsvereinigung und IV. Parteitag, in: I.-S. Kowalczyk/A. Mitter/S. Wolle (Hrsg.), *Der Tag X – 17. Juni 1953. Die „Innere Staatsgründung“ der DDR als Ergebnis der Krise 1952/54*, Berlin 1996, S. 171-242.
- 5 Ebenda, S. 239. Zu „usw.“ gehören für Kowalczyk auch alle ehemaligen HJ- und BDM-Mitglieder (vgl. S. 237).

Christoph Meyer, Die deutschlandpolitische Doppelstrategie. Wilhelm Wolfgang Schütz und das Kuratorium Unteilbares Deutschland (1954–1972), Olzog Verlag, Landsberg am Lech 1997, 490 S.

Zu den wenigen Kräften, die in den Jahrzehnten der deutschen Teilung den Willen zur Wiedervereinigung beharrlich am Leben zu erhalten versuchten, zählten das Kuratorium Unteilbares Deutschland und sein geschäftsführender Vorsitzender Schütz. In der Bundesrepublik trat das Kuratorium vor allem durch demonstrativ-propagandistische Aktionen am 17. Juni, dem früheren „Tag der deutschen Einheit“, in Erscheinung – Grund genug, um von der SED als „revanchistische“ Organisation attackiert zu werden. Wie Meyer in seiner Kölner Dissertation zeigt, erschöpfte sich die Tätigkeit des Kuratoriums jedoch keineswegs darin, einem ritualisierten „Wiedervereinigungsnationalismus“ zu fröhnen, und der Vorsitzende gehörte sogar zu den Vordenkern der Neuen Ostpolitik.

Die Arbeit basiert zum größten Teil auf unveröffentlichten Quellen aus den einschlägigen staatlichen und parteinahen Archiven – zu nennen sind neben dem Bestand des Kuratoriums im Bun-

desarchiv insbesondere die Nachlässe Kaiser, Scholz, Wehner, Brandt, Gradl, von Merkatz und Dehler – sowie aus dem Privatbesitz von Schütz; außerdem hat Meyer einige ehemalige Mitarbeiter des Kuratoriums interviewt. Gerade weil er eine solch böeindruckende Menge an Archivalien ausgewertet hat, fällt auf, daß er keine Akten aus dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes herangezogen hat, nicht einmal die mit dem Jahr 1963 einsetzende, leicht zugängliche Aktenedition zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik. Dies ist um so erstaunlicher, als Meyer den engen Zusammenhang zwischen Deutschland- und Außenpolitik selbst mehrfach betont.

Im ersten Kapitel der überwiegend chronologisch angelegten Studie werden die außenpolitischen Rahmenbedingungen skizziert und die wichtigsten Akteure vorgestellt. Das zweite Kapitel handelt von der Gründung des Kuratoriums Unteilbares Deutschland: Überlegungen, wie der „zunehmenden inneren Entfremdung gegenüber der Bevölkerung der Sowjetzone“ (S. 41) begegnet werden könnte, kursierten in Bonner politischen Kreisen schon seit Anfang der fünfziger Jahre. Realisiert wurde der Aufbau einer überparteilichen „pressure group“ jedoch erst nach dem Aufstand vom 17. Juni 1953 und dem Mißerfolg der Berliner Außenministerkonferenz vom Frühjahr 1954. Als politische Träger fungierten die im Bundestag vertretenen Parteien, finanziert wurde das Kuratorium von den Spitzenverbänden der Wirtschaft, den Gewerkschaften und vom Deutschen Städtetag. Schon diese Konstellation verhinderte eine einseitige Instrumentalisierung durch die Regierung bzw. die Opposition. Aufgrund der eher lockeren organisatorischen Strukturen avancierte der Geschäftsführer mit seiner deutschlandpolitischen Doppelstrategie – Druck in Richtung Wiedervereinigung sowohl auf der Ebene der Parteien und der Regierung als auch durch die Mobilisierung der Bevölkerung – rasch zum politischen Kopf des Kuratoriums. Die Landes-, Kreis- und Ortsverbände waren von der

Zentrale unabhängig und stellten oft kaum mehr als „lose, nur sporadisch zusammenstretende Honoratiorenzirkel“ (S. 110) dar.

Im nächsten Teil beschreibt Meyer die Suche nach Aktionsformen, die geeignet schienen, der Welt den deutschen Willen zur Wiedervereinigung glaubhaft zu demonstrieren. Nachdem weder die Schülerfeiern noch die Versendung von Briefen und Päckchen „nach drüben“ oder die Aufstellung von Weihnachtsbäumen entlang der „Zonengrenze“ die erhoffte Resonanz brachten, konzentrierte sich das Kuratorium auf die Ausgestaltung des 17. Juni zum nationalen Gedenk- und Feiertag. Der politische Durchbruch gelang jedoch erst während der zweiten Berlinkrise. Diesem Zeitabschnitt, den Jahren 1958 bis 1963, ist das vierte Kapitel gewidmet. Am gleichen Tag, als Chruschtschow sein Ultimatum verkündete, startete Schütz mit Hilfe des Verlegers Axel Springer die Aktion „Macht das Tor auf!“ Mit dieser Initiative konnte sich das Kuratorium finanziell und strukturell stabilisieren und seinen Einfluß in der politischen Arena steigern. Zu den Höhepunkten der Aktivitäten zählten die drei Beschwerden an die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen wegen der Verletzung der Menschenrechte in der DDR und die damit verbundenen Vorschläge zur Wiedervereinigung.

In den beiden folgenden Kapiteln analysiert der Autor die unterschiedlichen Aktionsformen des Kuratoriums – Feiern, Abzeichenverkauf, Fahnenstafetten, Kundgebungen, Kerzenaktionen – und die zugrundeliegenden deutschlandpolitischen Vorstellungen. Obwohl sich die meisten Redner von dem Begriff „Nationalismus“ distanzieren und statt dessen lieber von „Nationalbewußtsein“ oder einem „gesunden Nationalgefühl“ sprachen, konstatiert Meyer mit Recht durchaus Kontinuitätslinien zum deutschen Nationalismus vor 1945. Er bescheinigt dem Kuratorium folglich einen „gemäßigten Wiedervereinigungsnationalismus“ (S. 456). Diese Einstellung

hinderte Schütz freilich nicht daran, seit Mitte der sechziger Jahre nachdrücklich für einen Kurswechsel in der Deutschlandpolitik einzutreten. Diese Phase behandelt der letzte Teil des Buches. Indem Schütz für eine „deutsche Gemeinschaft“ zweier deutscher „Gliedstaaten“ warb, zwischen denen „nur staatsrechtliche, nicht völkerrechtliche Beziehungen bestehen“ könnten (S. 400f.), machte er sich zum Mitstreiter der auf „Wandel durch Annäherung“ vertrauenden sozial-liberalen Ostpolitik. Die damit verbundene, wenngleich nur vorläufige Anerkennung des status quo und die Aufkündigung des deutschlandpolitischen Konsenses zwischen Regierung und Opposition bedeutete indes zugleich den Anfang vom Ende des Kuratoriums Unteilbares Deutschland.

Meyer hat eine engagierte und gründliche, mitunter etwas zu sehr ins Detail verliebte Studie vorgelegt. Seine Sympathie gilt insbesondere seinem „Helden“ Wilhelm Wolfgang Schütz, aber auch dem Regierenden Bürgermeister von Berlin und späteren Außenminister und Bundeskanzler Willy Brandt; eher schlecht kommen Konrad Adenauer und dessen Gesinnungsfreunde weg. Die gut belegte Studie zeigt auf überzeugende Weise, wie abwegig die Versuche mancher Historiker sind, die Anfänge einer konstruktiven und kreativen Ostpolitik in die Zeit vor der sozialliberalen Koalition zu verlegen.

Werner Bühner

Werena Rosenke, Thomas Siepelmeyer (Hrsg.), *Afrika – der vergessene Kontinent? Zwischen selektiver Weltmarktintegration und ökologischen Katastrophen*, Unrast Verlag, Münster 1994, 258 S.

Gemeinhin gilt der afrikanische Kontinent als ein einziges Krisengebiet mit Hunger, Unterentwicklung und Naturkatastrophen. Hinzu kommen Bürgerkriege, Korruptionsskandale, Cliquenwirtschaft,

Bildungsnotstand und Ernährungsprobleme. Afrika ist mithin im Bewußtsein des „industrialisierten Nordens“ das schlechte Gewissen, an dem nach Möglichkeit nicht gerüttelt werden sollte. Ab und an eine Geldspende, eine Unterschrift auf eine Petition – damit ist dem schlechten Gewissen Genüge getan. Als man 1992 aus Anlaß des 500. Jahrestages der Entdeckung Amerikas durch Christoph Kolumbus auch auf die mannigfaltigen ökonomischen, sozialen, politischen und ökologischen Probleme in der sogenannten Dritten Welt aufmerksam machte, stand verständlicherweise Lateinamerika im Mittelpunkt des Interesses – und des Mitleids. Andere Regionen rückten dabei – selbst die durch die „Entdeckungstat“ direkt betroffene indianische Urbevölkerung Nordamerikas – nur als periphere Erscheinung in das Blickfeld des öffentlichen Interesses. Aber auch der „vergessene“ schwarze Kontinent hat einen guten Teil seiner Probleme der Entdeckung Amerikas und der darauffolgenden Entwicklung in der Neuzeit zu verdanken. Doch welcher Politiker, Wissenschaftler oder Autor hat 1992 an Afrika gedacht oder erinnert, als den Folgen der Entdeckungstat eines Kolumbus im unterschiedlicher Weise gedacht wurde?

Wie aber leben nun die Menschen auf dem afrikanischen Kontinent? Wie meistern sie ihre alltäglichen Sorgen? Haben sie nicht ebenfalls Anspruch auf Reparationszahlungen für 500jährige Unterdrückung und Ausbeutung?

Das zweifellos vorhandenen Defizit im Wissen der Bevölkerung der deutschsprachigen Länder über die alltägliche soziale Degradierung und die fortschreitende ökologische Zerstörung, die Afrika aufgrund der anhaltenden Integration seiner Bergbau- und Agrarproduktion in den Weltmarkt erfährt, will nun dieses Buch abbauen helfen. Dabei legen die 21 Autorinnen und Autoren dar, wie durch die einseitig auf Europa ausgerichteten Weltmarkt-Einbindung für die große Mehrheit der Afrikaner die Lebensbedingungen zunehmend schwieriger werden.